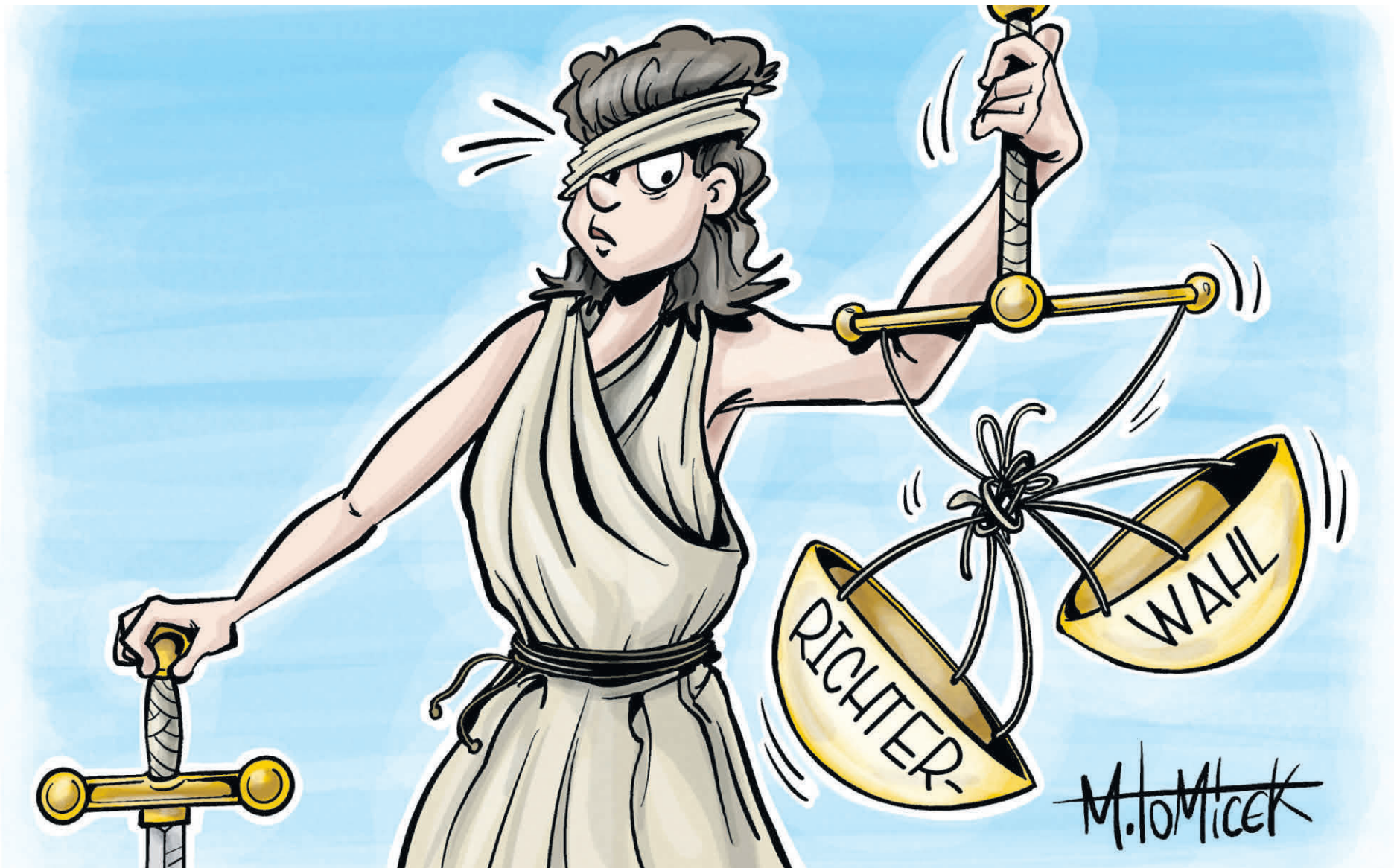




Schwieriger Prozess

ZEICHNUNG: MIRCO TOMICEK

Linker Kulturkampf ums Verfassungsgericht

Die Richter-Krise wächst sich zu einer Koalitions-krise aus, obwohl der Kanzler Ruhe will. Allerdings kann Merz sagen, was er will: Seine Koalitionspartner reagieren wie Hühner, wenn der Habicht zwischen sie fährt, denn hier geht es um einen Kulturkampf, der darüber entscheidet, wohin sich das Land in den kommenden Jahren entwickelt.

Dieser Kulturkampf wird von Links geführt und das bisher sehr erfolgreich. Nun wurde dieser Linksdrall in der Richteraffäre – erstmals – zeitweilig verzögert. Das ist man bei SPD, Grünen und Linkspartei nicht gewöhnt. Daher tobt der Kulturkampf nun besonders heftig.

Es geht um die grundlegende Orientierung einer entscheidenden Institution des Staates. Es geht um eine Richtungsentscheidung, nicht nur um eine reine Personalie.

■ **SPD, Linkspartei und Grüne** beklagen, Merz und Spahn hätten ihnen die Zustimmung zu ihren Kandidatinnen für das Verfassungsgericht doch zugesagt. Sie beklagen Wortbruch, und sie beklagen, Spahn habe seine Fraktion „nicht im Griff“. Hier wird allen Ernstes skandalisiert, dass Abgeordnete nicht wie Lemminge ihrer Fraktionsführung folgen, sondern ihrem Gewissen. Tatsächlich gibt es so etwas wie Gewissensfreiheit, und die würde verletzt, beugten sich die Parlamentarier dem Ausgang eines Kuhhandels, der zentralen Positionen der Union, insbesondere in bioethischen Fragen, widerspricht. Die politische Linke lässt hier ihrem autoritären Denken freie Bahn. Sie missachtet grob die Gewissensfreiheit, wenn sie Spahn auffor-

Der Kampf um die Richter-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf wird zum Sommerthema. Doch es geht um mehr, nämlich eine Richtungsentscheidung für die nächsten Jahre, sagt Alexander Will.

dern, die Fraktion gefälligst auf Linie zu bringen. Das erinnert an das DDR-Scheinparlament „Volkskammer“, die auch immer schön einheitlich abstimmte. Sozialdemokraten betrachten Fraktionen offenbar als Ja-Sage-Maschinen, die alles absegnen, was die Partei-Obrigkeit vorlegt.

Versagt haben aber auch CDU-Fraktionschef Jens Spahn und Kanzler Friedrich Merz. Ob taktisch fehlgeleitet oder

 **Der Text** zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

von Opportunismus getragen: Sie wollten politisierte Richterinnen berufen, von denen mindestens eine mit christdemokratischen Grundüberzeugungen nicht in Einklang zu bringen ist. Vorher zogen sie gar noch einen eigenen Kandidaten zurück, weil der der SPD zu konservativ war. Dass sie bedingungslose Zustimmung ihrer Fraktion erwarteten, illustriert auch hier autoritäres Denken.

■ **Denn Brosius-Gersdorf ist tatsächlich** für weite Teile der CDU-Basis ob ihrer politischen Positionen unwählbar. Eben wegen ihrer Position zur Menschenwürde von Ungeborenen – und auch wegen des identitätspolitischen Straußes modisch-woker Positionen, mit denen sie spielt: Grundge-

setz gendern, geschlechterparitätische Wahllisten, islamisches Kopftuch in der Rechtspflege erlauben.

Ihr fataler Satz „Die Annahme, dass die Menschenwürde überall gelte, wo menschliches Leben existiert, ist ein biologistisch-naturalistischer Fehlschluss.“ sollte allerdings selbst für die SPD ein Ausschlusskriterium sein. Er steht für sich, da helfen auch keine sophistischen Erklärungsversuche. Er öffnet den Weg in willkürliche Unterscheidungen, wer Menschenwürde verdient und wer nicht. Er lässt schauern. Wer solche Haltungen nicht teilen will, ist weder „Nazi“ noch „reaktionär“ noch verzerrt er etwas.

■ **Nun ergießen sich Vorwürfe** des „Kulturkampfes“ über die Unionsskeptiker. Den aber betreibt nur eine politische Kraft: die Linke. Es ist ein durchschaubarer Versuch, Kritik an deren Positionen als „rechts“ zu framen. Man weiß sehr gut, dass alles, was in diese Ecke gedrückt wird, unmittelbaren Diskussionsabschluss zur Folge hat. Doch natürlich hat jeder das Recht, Richter zu kritisieren, insbesondere, wenn sie ein derart einflussreiches Amt anstreben. Diese Leute stehen nicht über der Kritik, auch wenn sie es gern so hätten. Es gibt keinen Naturschutz für Eliten. Brosius-Gersdorf sieht sich als Opfer einer unfairen Medien-

kampagne und beginnt, für den neuen Job zu kämpfen. Ob bestellte Gefälligkeitsgutachten in Sachen Plagiatsvorwurf nützen werden, sei dahingestellt. Inhaltlich weicht sie jedenfalls aus. Ihre Strategie besteht darin, auf Abwägungen zu verweisen. Nur: Bei der Menschenwürde gibt es keine Abwägung von Rechtsgütern. Brosius-Gersdorf meint, sie werde missverstanden. Nur wo liegt das Missverständnis? Da lässt sie uns raten.

■ **Die Strategie insbesondere der SPD** ist eine einfache: Über den Sommer hinweg soll die Union weichgekocht werden. Mediales Dauerfeuer wird hier eine Rolle spielen. Doch wird diese Kampagne natürlich nicht inhaltlich geführt. Empörung wabert übers Land. Man darf eine 40/60-Wette wagen, dass die Union den Schwanz einziehen wird und sich damit selbst demütigt.

Das wird vermutlich so kommen, weil die Union sich nicht ermannen kann, das Grundübel ihrer aktuellen Situation zu beseitigen, und das ist die Brandmauer. Die Deutschen haben mehrheitlich eine nichtlinke Politik gewählt und bekommen nun linke Politik. Im Bundestag kämen CDU und AfD auf 51 Prozent der Stimmen. Doch diese nichtlinke Mehrheit kann nicht wirksam werden, weil die CDU sich selbst hinter der Brandmauer einbetonierte hat.

Stattdessen steht sie nun mit ihren 27 Prozent einer rot-rot-grünen Mehrheit von 36 Prozent gegenüber. Die SPD kann in Koordination mit Grünen und Linken die Union jederzeit an der Brandmauer zerquetschen, ohne die Koalition aufzukündigen – und das macht sie auch.

Rechnet man die AfD Sitze

“ Die politische Linke lässt ihrem autoritären Denken freie Bahn. Sie missachtet grob die Gewissensfreiheit, wenn sie Spahn auffordern, die Fraktion gefälligst auf Linie zu bringen. Das erinnert an das DDR-Scheinparlament ‚Volkskammer‘, die auch immer schön einheitlich abstimmte. Sozialdemokraten betrachten Fraktionen offenbar als Ja-Sage-Maschinen, die alles absegnen, was die Partei-Obrigkeit vorlegt.

heraus, ergibt sich ein noch dramatischeres Bild. Rot/Rot/Grün käme auf rund 56 Prozent. Dieser Fall träte ein, würde die AfD verboten – dann verlören alle Abgeordneten automatisch ihre Parlamentssitze. Ein AfD-Verbot wäre also angesichts der jetzigen Verhältnisse gleichzeitig das Tor zu einer linken Regierung – und wird wohl auch deswegen so vehement von SPD, Grünen und der umbenannten SED gefordert.

■ **Was also tun?** Die Gründe für die Brandmauer sind ideologischer Natur, untermalt mit politischem Moralisieren. Die entscheidende Frage lautet aber für die Union: Was kann ich wie umsetzen? Es ist eine Machtfrage. Solange sich CDU und CSU scheuen, einzelne Vorhaben auch mit Mehrheiten jenseits der Brandmauer durchzusetzen oder zumindest damit zu drohen, werden sie weiter gedemütigt werden. Zudem – wenn die Union mit der Linkspartei kooperiert, dann kann sie das auch mit der AfD. Es gibt also einen Ausweg: Noch ist der Weg für eine Minderheitsregierung frei.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

